STUDIERENDENSCHAFT

JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

STUDIERENDENPARLAMENT

Ausführliches Protokoll der 7. Sitzung des 56. Studierendenparlaments vom 13.11.2017.

TOP 1) BEGRÜSSUNG, FESTSTELLUNG ANWESENHEIT UND DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Es sind 26 Parlamentarier*innen anwesend, damit ist eine Beschlussfähigkeit gegeben.

Teilnehmer*innenliste der 7. Sitzung vom 13.11.2017, Beginn 19 c.t.:

Jusos	WIRD NACHGEREICHT
Die Grünen Köpfe – UniGrün	
StudentenUnion (RCDS)	
Liberale Hochschulgruppe (LHG)	
Demokratische Linke (DL)	

^{*}Präsidiumsmitglieder

Tagesordnung

1)	Begrüssung,	Feststellu	ng der	Anwe	esenheit	und	Beschlussfähigkeit
2)		ng	der			Tagesordnung	
3)		gen		Präsidiums			
4)	Genehmigung	g des	6.Proto	kolls	der	56.	Legislaturperiode
5)	Mi		studentischer			Amtsträger*innen	
6)	Fragen	an	aktuelle	und	ehen	nalige	Amtsträger*innen

- 7) Studierendensprechstunde 8) Benennung Ältestenrat 9) Anträge 10) Fahrradverleihsystem
- 11) Freibadflatrate

TOP 2) Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird omnis pro angenommen.

TOP 3) Mitteilungen des Präsidiums

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): In der Vorlage liege ein Antrag bezüglich des Leihfahrradsystems, welcher jedoch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei.

TOP 4) Genehmigung des Protokolls der 6.Sitzung der 56. Legislaturperiode

R.Kaiser(RCDS): Einige Hochschulgruppen seien vertauscht worden. Wenn Jan etwas sagt, bitte "Präsidium" einfügen.

Das Protokoll wird mit besagten Änderungen bei 26 Pro einstimmig angenommen.

TOP 5) Mitteilungen studentischer Amtsträger*innen

H.Marx(Jusos): Als Mitglied des RPA kann gesagt werden, dass die Jahre 2011,2012 und 2013 falsch geprüft seien. Es sei aufgefallen, dass es Unstimmigkeiten und Fehler gegeben habe und nach nochmaliger Prüfung sei die Größe der Fehler bekannt geworden. Etwa 40 Prozent der der Prüfungen seien falsch, 2013 seien über 50 Prozent der Prüfungen falsch gewesen. Darunter seien auch Fehler bedingt durch Unwissenheit und Ungenauigkeit gewesen. Das größte Problem sei, dass diese Auffälligkeiten schon vor zwei Monaten angesprochen wurden, jedoch habe es keine Reaktionen gegeben.

J.Deinzer(Jusos): Mein Vorschläg wäre, dieses Thema in "Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger*innen" zu verschieben.

A.Schlaaff(LHG): Ja, ist okay.

J.Deinzer(Jusos): Das Referat für Hochschulpolitik habe am 18. Januar eine Veranstaltung geplant, zusammen mit einem Referenten des DGB. Des Weiteren sei die Satzung fertig durchgearbeitet worden, ich würde alle Interessent*innen bitten, mir ihre E-Mail Adressen zukommen zu lassen. L.Konrad(Jusos): Das Referat für politische Bildung habe eine kleine Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlingspolitik in der EU geplant. Dort solle mit Experten diskutiert werden, unter anderen von "Refugee Law" und "An.ge.kommen e.V.". Die Veranstaltung solle am 1.Februar stattfinden. Außerdem gäbe es die Möglichkeit mit der israelischen Botschaft eine Ausstellung zu veranstalten,

eine Person werde nach Berlin fahren und sich dies anschauen und bewerten, ob dies interessant für uns sei.

J.Regele(UniGrün): Die Wasserspender in der großen Mensa können bald aufgestellt werden, man sei auf große Zustimmung gestoßen.

TOP 6) Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger*innen

H.Marx(Jusos): Wie könne es sein, dass aufgrund solcher Fehler es zu keiner Veränderung in der Struktur und in der Arbeit gegeben habe? Wieso sei keine Lösung gefunden worden? A.Schlaaff(LHG): Die Tatsache, dass Kritik ausgeübt werde, ohne dass ein Bericht vorliege sei schwierig. Ich weiß nicht, inwiefern eine Diskussion über den RPA ins StuPa gehöre, allerdings stehe diese nun im Raum. Die Belege seien unabhängig geprüft worden, teilweise auch von Menschen, welche noch nicht lange im RPA tätig seien. Mein Vorschläg sei gewesen: Ersteinmal alles aufschreiben, was man nicht wisse. Dies sei auch geschehen. Die Prüfungen seien natürlich nicht fehlerfrei, es gehe aber nicht darum, jeden Fehler des AStA's zu finden, sondern einen Trend erkennbar zu machen. Nach den aktuellen Berichten sei 2013 sehr voll mit Fehlern, jedoch sei uns bei den Stichproben kein Fehler abhanden gekommen. Wenn wir aus diesen Daten erkennen, dass dort viele Fehler seien, könne man daran arbeiten. Satzungsgemäß dürfe jeder individuell prüfen. Man müsse 10 Jahre aufarbeiten und man könne ein Sondervotum einlegen, dies hänge am RPA-Bericht dran.

L.Konrad(Jusos): Mir sei zu Ohren gekommen, dass es schon mehrfach angesprochen wurde. Du sagtest, es haben Leute, welche noch nicht gut eingearbeitet seien, die Belege geprüft. DIese Leute arbeiten jedoch schon über ein Jahr im RPA und dann könne es nicht sein, dass ein Fehleranteil von über 50 Prozent existiere. Jedes Mitglied könne dies zwar nachprüfen, jedoch sei dies auch ein Zeitaufwand und vor allem auch Gelder, welche dabei draufgingen. Wenn du der Meinung bist, dies gehöre nicht in StuPa, dann gehe bitte im RPA darauf ein und blocke nicht ab. Ich habe mitbekommen, dass einige Mitglieder frustriert seien, weil nicht richtig darauf eingegangen werde. A.Schlaaff(LHG): Es sei nicht die Aufgabe des AStA den RPA zu prüfen. Ich finde es auch bedenklich, dass der AStA sich hier einmische. Die Daten seien verwertbar und nutzbar, ansonsten würden noch mehr Stichproben gemacht. Ich bin der Meinung, dass gerade das Vertrauen zerbrochen sei und sich einer von uns überlegen solle, im **RPA** zu bleiben. H.Marx(Jusos): Der Gedanke sei mir auch schon gekommen, dass du gegebenenfalls aus dem RPA austreten solltest. Ich würde es jedoch nicht öffentlich verlangen, da du auch ein wichtiges Mitglied bist. Die Aufgabe des RPA sei es, Fehler zu finden und Kritik konstruktiv zu üben. Es seien Dinge von Kontoauszügen falsch notiert worden. Wenn grundsätzliche Dinge nicht funktionieren, müsse man überlegen, ob man Dinge verändere oder die betreffenden Personen weiterhin im RPA arbeiten sollten.

A.Schlaaff(LHG): Die Idee, das Finazreferenten im RPA sind sei kritisch. Jedoch sei es notwendig, um einen gewissen Sachverstand einzubringen. Du hast die Rolle des Finanzreferenten, bitte mische dich nicht zu sehr in die Arbeit des RPA ein. Sag, ob du bleiben möchtest oder nicht. H.Marx(Jusos): Stehe dies zur Debatte? J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Nein.

J.Deinzer(Jusos): Fakt sei, dass schlecht gearbeitet wurde und diese Arbeit dennoch gut bezahlt worden sei. Wenn in diesem Ausmaß doppelt geprüft wurde, könne man nicht sagen, dass es wirtschaftlich sinnvoll sei. Ich finde es in Ordnung, dass im Paarlament darüber diskutiert werde. Der

Vertrauensverlust sei jedoch sehr schade. Als AStA-Referent*in erwarte man jedoch, dass die Arbeit im RPA korrekt geprüft werde, eine Fahrlässigkeit möchte ich aber nicht vorwerfen. Man solle überlegen, wie dieses Problem gelöst A.Schlaaff(LHG): Die Daten seien verwertbar, daraus könne ein Bericht gemacht werden. Es müsse nochmal überarbeitet werden, aber aus diesem Grund habe der RPA auch viele Leute. Es solle nur überarbeitet und nicht nochmal genau geprüft werden. Es könne jedoch nochmal geprüft werden, dies L.Konrad(Jusos): Wir seien gewählte Mitglieder des StuPa. Es sei unser gutes Recht dich zu befragen. Eine Fehlerquote von 53 Prozent und höher sei für dich tolerierbar? Es sei nicht in Ordnung, wenn gesagt werde, dass geprüft werde, nochmal geprüft werde und man im Anschluss noch eine Stichprobe gemacht werde. Es scheint, als nehme man die Kritik nicht ernst, die Frage ist doch, ob euer Bericht glaubhaft sei oder nicht. Vielleicht sei das hier nicht der richtige Ort dies zu besprechen, allerdings müsse man überlegen, ob die Leute des RPA nochmal besser geschult werden. Es gehe den AStA zu entlasten, sondern um die gesamte Arbeitseinstellung. A.Schlaaff(LHG): Kritik könne an dem fertigen Bericht geübt werden. Man wolle ja herausfinden, wie viele Fehler gemacht wurden, aus diesem Grund mache man die Stichprobe. Hier werde gerade in die Arbeit eines Ausschusses eingegriffen, welcher euch "beobachten" solle und nicht ihr den Ausschuss. Belege prüfen sei eine sehr anstrengende Arbeit. H.Marx(Jusos): Wenn von vornherein geplant sei, dass die Mitglieder Fehler machen und dies im Nachhinein geprüft werden müsse, sei dies Geldverschwendung. Einige Mitglieder haben nicht ordentlich geprüft, es gäbe einen Leitfaden. Dieser Leitfaden sei nicht ordentlich eingehalten worden. daran Wenn nicht gehalten werde, A.Schlaaff(LHG): Rohdaten müsse man nochmal prüfen, wenn festgestellt werde,dass nicht ordentlich gearbeitet wurde. Die Prüfung von 2013 käme nicht von mir, sondern war ein interner aber Satzungskonform. L.Leufgens(UniGrün): Da man sich seit einer viertel Stunde im Kreis drehe, könne man dies doch bitte anders klären. Es sei nicht falsch, dass dieses Thema hier angesprochen werde, jedoch könne es **RPA** besprochen J.Deinzer(Jusos): Es sei korrekt, dass Rohdaten nochmal geprüft werden, jedoch müssen diese Rohdaten eine höchstmögliche Qualität haben. Man solle dies jedoch nochmal im RPA besprechen. W.Terporten(Jusos): Es störe, dass hier Wein getrunken R.Kaiser(RCDS): Einwand sei keiner Relevanz gerade. Der berechtigt, jedoch von J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Falls der Alkoholkonsum zu hoch werden sollte, werde das Präsidium sich einschalten.

TOP 7) Studierendensprechstunde

Keine Fragen.

TOP 8) Benennung Ältestenrat

TOP 9) Anträge

DS 56-24 Fachschaft Chemie

Antragssteller*in stellt sich vor.

Antrag einstimmig angenommen.

DS 56-25 Fachschaft Oecotrophologie

Antragssteller*in stellt sich vor.

J.Deinzer(Jusos): Laut Reisekostenverordnung müsse keine Rechnung gestellt werden.

Antrag einstimmig angenommen.

DS 56-23 Fachschaft Lehramt

Antrag einstimmig angenommen.

TOP 10) Leihfahrradsystem

A.Schlaaff(LHG): Wieso gäbe es einen Öffentlichkeitsausschluss?

T.Pettis(Jusos): Da die Verhandlungen noch laufen, habe die Uni uns gebeten, keine Informationen öffentlich preiszugeben. Dies gehe jedoch nochmal in die Rechtsabteilung.

- -Öffentlichkeit um 20.50 Uhr ausgeschlossen.-
- -Öffentlichkeitsausschluss um 20.30 Uhr aufgehoben.-

Antrag mit 2 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen und 22 Ja Stimmen angenommen.

TOP 11) Freibadflatrate

J.Deinzer(Jusos): Es gäbe einen neuen Vertrag, welcher zwei Änderungen enthalte. Zum Einen die automatische Verlängerung, sofern wir nicht kündigen. Dies mache Sinn, damit wir nicht jedesmal erneut abstimmen müssen. Im letzten Vertrag habe es einen Fehler gegeben. Im Vertrag habe gestanden, dass sich die Kosten auf 2 Euro pro Studierenden belaufe, die Stadt habe nun gesagt, dass Mehrwertsteuer zuzüglich noch berechnet werde. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt und nun seien die 2 Euro inklusive 7 Prozent Mehrwertsteuer. A.Schlaaff(LHG): Es sei immernoch kein sinnvoller Einsatz wenn Freizeit bezahlt werde, außerdem sei es bedenklich wenn solch ein Fehler, soviel Geld koste.

Antrag mit 22 Ja Stimmen, 2 Enthaltungen und 2 Nein Stimmen angenommen.

Für das Präsidium des 56. Studierendenparlamentes

Franziska Henrich, Gießen, den 8.12. 2017